Nr. 419
B 207
Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 5. September 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Uruguay präsidiert in Genf

Eröffnungsrede des Präsidenten

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 5. September

Die 8. Versammlung des Völkerbundes ist heute um 1 Uhr im Reformaionssaale durch den gegenwärtigen Ratspräsidenten Villegas (Chile) eröffnet worden.

Villegas stellte in seinem Rückblick auf das verflossene Jahr fest, daß es sicherlich bisher kein Jahr gegeben habe, in dem sämtliche Organe des Völkerbundes stärker in Anspruch genommen gewesen sind, als das letzte. **„Die politischen Ereignisse," sagte der chilenische Ratspräsident, „rufen gewöhnlich viel mehr Interesse hervor, selbst wenn sie nur eine recht relative und vorübergehende Bedeutung haben, weil leider die Tendenz in der öffentlichen Meinung besteht, das äußere Phönomen für die tiefere Ursache zu halten, d. h. in den politischen Aeußerlichkeiten den Inhalt des internationalen Lebens zu erblicken. So gewinnt die öffentliche Meinung den oft sehr falschen Eindruck, daßk das politische Leben dem Völkerbund entschlüpfe, während es sich doch gerade im Gegenteil dauernd darum bemühe, die Probleme, die in der Verknüpfung des reellen inetrnationalen Lebens bestehen, zu behandeln und so durch ein Gewebe von tatsächlichen Interessen die Ursachen der Konflikte verschwinden zu lassen, deren politische Seifenblasen die Oeffentlichkeit oft so sehr erregen.**

Er bedauerte die Abwesenheit Brasiliens und Spaniens und betonte die wachsende Mitarbeit der Vereinigten Staaten und der Türkei. In einem Ueberblick über die Tätigkeit des Bundes, der erfreulich knapp gehalten war und sich bemühte, nur die charakteristischen Tatsachen herauszustreichen, nahm die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes eine besondere Stelle ein und natürlich auch die Abrüstungsarbeiten. Ueber diese äußerte sich Präsident Villegas bemerkenswert optimistisch. Im Hinblick auf die Vollendung des Rahmens der in Arbeit befindlichen Konvention, warnte aber vor zu großem Optimismus hinsichtlich des Zustandekommens einer wirklichen Abrüstungskonvention, nachdem die Genfer Marinekonferenz gezeigt hat, wie notwendig eine vorherige diplomatische und technische Vorbereitung einer solchen Konferenz ist.

Im letzten Teil seiner Rede stellte Präsident Villegas fest, daß die Verhinderung von Kriegen auch im vergangenen Jahr der Gegenstand der Hauptanstrengungen des Völkerbundes gewesen sei. Er rühmte noch einmal die drei Leitgedanken für die Kriegsverhinderung „Schiedsgerichtsbarkeit, Sichreung und Abrüstung", deren Schall hier noch in den Wänden stecke, und sprach den charakteristischen Satz: **„Wenn die Abrüstung, wie wir alle wissen, an die Sicherheit gebunden bleibt, welche bessere Sicherheit als die eines internationalen Bundes könnte es geben, der auf der gegenseitigen Achtung und auf der Gerechtigkeit solide errichtet ist?"**

Die Völkerbundversammlung, schloß der Präsient, habe also ein weites Programm vor sich, das sowohl die juridische Vervollkommnung des Völkerbundes wie die Weiterführung der technischen Arbeiten umfaßt, das sich aber durchaus nicht auf diese beiden weiten Gebiete beschränkt, sondern auch die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheitskonvention einschließt.

Nach der Rede wurde die Versammlung bis 12½ Uhr vertagt, u mder Mandatsprüfungskommission Zeit zu ihrer Arbeit zu lassen.

Um 12.45 Uhr beginnt die Wahl des Präsidenten. Zuerst erhält der japanische Delegierte Adacci das Wort. Er erkärt, daß er entgegen allen andern Gerüchten eine Kandidatur nicht annehmen würde, und daß er bitte, seinen Namen nicht auf den Stimmzettel zu schreiben. Damit hat die Wahl eine gewisse Klärung erfahren. Vandervelde ist inzwischen auch in den Reformationssaal gekommen und gibt für Belgien dessen Stimme ab.

Um 13 Uhr verkündet der Ratspräsident Villegas das Ergebnis der Präsidentenwahl. Es sind 47 Stimmen abgegeben worden, davon entfallen auf Guani (Uruguay) 24 Stimmen, auf den Grafen Mensdorff (Oesterreich) 21 Stimmen. Ratspräsident Villegas verkündet, daß der Delegierte von Uruguay, Guani, zum Präsidenten der 8. Völkerbundversammlung gewählt worden ist.

Aus dem Mandatsprüfungsbericht des Berliner kubanischen Gesandten Aguero ergibt sich, daß in der 8. Vökerbundversammlung 49 Staaten vertreten sind und daß keine Delegationen entsandt haben: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Spanien, Honduras und Peru.

Die peinliche Niederlage des früheren österreichischen Botschafters Graf Mensdorff bei der Wahl des Präsidenten der Völkerbundversammlung hätte sich vermeiden lassen, wenn man aus einer vor der Wahl allenthalben verbreiteten mündlichen Mitteilung maßgebender französischer Delegierter die Konsequenzen gezogen hätte. Die französische Delegation ließ nämlich ganz offensichtlich offiziös überall die Mitteilung verbreiten, daß sie für die Wahl Mensdorffs nicht eintreten könne, da sie andere Verpflichtungen übernommen habe. Das deutete so klar darauf hin, daß Briand die von Chamberlain versprochene Wahl Guanis zum Präsidenten unterstützen wollte, daß es besser gewesen wäre, wenn daraufhin die Kandidatur Mensdorffs zurückgezogen worden wäre. Offenbar rechnete man aber mit einer stärkeren Stimmenzersplitterung, bei der dann Mensdorff durch eine Zufallsmehrheit hätte siegen können.

Der nunmehrige Präsident der 8. Völkerbnudversammlung, Guani, hat zweifellos um den Völkerbund gewisse, nicht zu bestreitende Verdienste. Der Gesandte Uruguays in Paris, ein noch jugendlich aussehender Mann in den fünfziger Jahren, hat sein Land vier Jahre lang im Völkerbund vertreten und sich dort durch seinen Arbeitseifer und seine stets überaus taktvolle Art des Eingreifens sehr viel Sympathie erworben. Er hat sich stets im Sinne der wahren Völkerbundgeistes innerhalb des Rates betätigt und dabei sehr viel politisches Verständnis gezeigt, so daß man bei allem Bedauern über die Nichtwahl Mensdorffs die Wahl des Führers der Delegation von Uruguay nur begrüßen kann.

Es ist übrigens auch das erste Mal, daß ein Präsident der Völkerbundversammlung gerade genau mit der absoluten Mehrheit gewählt wird. Selbst bei dem berühmten Kampf um den Präsidentenstuhl, der bei der vierten Völkerbundversammlung gegen den etzigen schweizerischen Bundespräsidenten Motta geführt wurde, hat sein Gegner, der Kubaner della Terrinte, schließlich noch einige Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten.

Guani führte in einer sehr kurzen Ansprache, in der er für die Wahl dankte, unter anderem aus, daß es das drittemal sei, daß einem Südamerikaner die Ehre der Präsidentenschaft zufalle, und er erwähnte außer seinen beiden letzten amerikanischen Vorgängern den Chilenen Edwards und den eben erwähnten Kubaner della Torriente, auch seine anderen Vorgänger, den Belgier Hymans, den Holländer van Karnebeck, den Schweizer Motta, den Portugiesen da Costa, den Südslawen Nintschitsch usw.

Die nächste Sitzung beginnt um 4 Uhr und wird die Wahl der sechs Vizepräsidenten vornehmen, zu denen dann wie üblich noch die sechs Präsidenten der Kommissionen als Vizepräsidenten der Versammlung hinzutreten.

Rußland über Polens Paktbestrebungen

Die Verhandlungen mit Warschau stocken

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wst **Moskau**, 5. September

Die Sowjetpresse widmet den polnischen Genfer Plänen über einen Neutralitätspakt ihre größte Aufmerksamkeit. Sie läßt sich aus Deutschland mit Befriedigung die allgemeine strenge Reserve melden, benutzt jedoch zugleich den Mordanschlag auf den Beamten des Warschauer Sowjetkonsulats zu dem Hinweis, daß das bisherige Vorgehen Polens gegen die Weißgardisten in Verfolg der Beilegung des Woikoff-Konfliktes durchaus unzureichend sei. Den Gegenrevolutionären sei die Waffe noch nicht aus der Hand geschlagen. Polen müsse bei den wieder aufgenommenen Neutralitätspakt-Verhandlungen beweisen, daß diese nicht nur aus einer augenblicklichen Stimmung geboren wären, sondern daß sie wirklich die Bereinigung der Beziehungen zwischen den beiden angrenzenden Ländern bezweckten.

Offenbar bahnen sich jetzt bereits wieder gewisse Schwierigkeiten in den russisch-polnischen Verhandlungen an. Darauf deutet ein Artikel der „Prawda" der an ein Interview Pateks in der „Reichspost" anknüpft, wonach Polen nur dann an einem russischen Vertrag interessiert sei, wenn die Räteunion solche Verträge mit allen Randstaaten schlösse. Die „Prawda" kennzeichnet die Beziehungen zu Estland als keineswegs gut, denn Estland hintertriebe im Verein mit den lettischen Rechtsparteien den lettisch-russischen Handelsvertrag. Lettland sei gekränkt durch die geheim geführten polnisch-estnischen Handelsvertragsverhandlungen, und Polen erhöbe das größte Geschrei bei der Erörterung zwischen Zeelens und Woldemaras über eine kleine baltische Union zwischen Estland, Lettland und Litauen. Noch viel feindlicher seien die russisch-finnischen Verhältnisse. Die Randstaaten sollten bedenken, daß sie ihre Selbständigkeit ausschließlich der russischen Revolution verdanken. Jeder Erfolg des Antisowjetgedankens stelle für sie im Sinne der alten Zarendevise eines einigen ungeteilten Rußlands eine direkte Gefahr dar. Polens alte Ambitionen der Vorherrschaft im Baltikum seien den russisch-polnischen Verhandlungen ungünstig.

Zugleich weist die Sowjetpresse auf den erneuten Beweis der englischen Antisowjet-Kriegsvorbereitungen im Baltikum durch den Besuch der baltischen Häfen durch ein englisches Geschwader und Wasserflugzeuge und durch geheim geführte Verhandlungen über eine Kohlenbasis auf der Insel Oesel hin.

Die russisch-französische Entfremdung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✻ **Paris**, 5. September

Zum Fall Rakowski läßt heute Briand durch die Radio-Agentur erklären, er überlasse der Sowjetregierung die Sorge, zu entscheiden, ob Rakowski abberufen werden solle oder nicht. Er selbst betrachte die Desavouierung Rakowskis durch Tschitscherin als befriedigend. In keinem Fall dürfe man aber „diese bedauerliche Angelegenheit" als einen Schritt Frankreichs zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland brachten.

Rakowski selbst läßt durch die russische Botschaft erklären:

1. Er mißbillige auf das formalste und entschiedenste die Idee, als könnten die Vertreter Sowjet-Rußlands in Frankreich, mit dem friedliche Beziehungen bestünden, Aufstände und Desertionen organisieren. Jeder diplomatische Vertreter Rußlands, der sich in die inneren Verhältnisse Frankreichs einmische, würde sich damit unwürdig zeigen des Vertrauens, das er genieße, und ungeeignet sein zur Mitarbeit an der Annäherung zwischen Frankreich und Rußland.
2. Die Erklärung, die er, Rakowski, in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kommunistischen Zentralkomitees unterzeichnet habe, habe nur die Hypothese eines eventuellen Krieges gegen Rußland im Auge gehabt und beziehe sich also auf keinen konkreten aktuellen Fall, noch weniger beziehe sie sich auf Frankreich, dessen Politik gegenüber Rußland dieses immer als Friedenspolitik angesehen habe.
3. Rakowskis Unterschrift unter die Erklärung könne für seine diplomatische Tätigkeit nur die eine Schlußfolgerung zulassen, nämlich die, daß er mit um so größerer Energie an der Beseitigung der heute noch bestehenden Differenzen zwischen Frankreich und Rußland arbeiten und so die Friedensaussichten erhöhen wolle. Rakowski protestiert endlich mit aller Schärfe gegen jede andere Interpretation, die der Politik seiner Regierung, seinen eigenen Gefühlen und seiner bisherigen Haltung durchaus zuwiderlaufen würde.

Diese Erklärung Rekowskis konnte natürlich nicht überall befriedigen, namentlich der „Matin" verlangt auch heute noch, daß Rakowski sofort die Pässe zugestellt würden, und das Blatt erklärt dabei, daß die meisten der jetzt im Gefängnis sitzenden französischen Kommunisten lange nicht so viel gesagt oder geschrieben hätten wie Rakowski. Wäre Rakowski ein gewöhnlicher Arbeiter und nicht Botschafter, dann säße er schon über der Grenze. **Es sei ein unmöglicher Zustand, wenn man bedenke, daß der Präsident der Republik diesem Menschen noch einmal die Hand geben, daß Briand ihm einen Stuhl anbieten und daß französische Soldaten vor ihm präsentieren müßten.**